

## **Mitschrift der Sitzung des Schulausschusses vom 08.11.2022**

Für den Stadtelternrat anwesend; Mitschrift: Frauke van Geuns

### **TOP 1, 2, 3 - Regularien**

Erfolgt.

### **TOP 4- Einwohnerfragestunde**

Keine Fragen.

### **TOP 5 – Schuleinstiegsberatung – mündlicher Bericht**

Gast: Frau Jäger, Amt für Zuwanderung und Integration

Frau Jäger berichtet über die Entstehung ihrer Stelle und von ihren Aufgaben.

- Schuleingangsberatung
- Vermittlung zugewanderter Schulpflichtiger an Oldenburger Schulen
- Netzwerkarbeit
- Arbeit in Arbeitskreisen, z. B. „Sprachbildung an Oldenburger Schulen“
- Informationsveranstaltungen

Das Bürgeramt gibt allen neu Zugewanderten den Flyer über das Beratungsangebot „Schuleinstiegsberatung“. Gespräche werden nach Termin persönlich oder telefonisch durchgeführt. Frau Jäger spricht deutsch, englisch und russisch. Für andere Sprachen steht ihr der ehrenamtliche Sprachmittler-Pool zur Verfügung. Neben dem Bürgeramt gibt es viele weitere Behörden, Ämter, Vereine, Institutionen, die über das Angebot informieren. Außerdem kommen auch Zugewanderte aufgrund von Empfehlungen anderer Personen, die aus ihrem Kulturkreis stammen bzw. mit diesem in Kontakt stehen.

Eine Schuleinstiegsberatung gliedert sich die folgenden Abschnitte:

- Beratung und Informationen über das deutsche Schulsystem (Fokus Eltern)
- Kompetenzermittlung und Orientierung (Fokus Kind)
- Es wird nur eine Beratung geboten, keine Empfehlung ausgesprochen

Bei der Vermittlung an Schulen wird unterstützt. Mit der erfolgreichen Vermittlung ist die Tätigkeit von Frau Jäger abgeschlossen. Für weitere Beratungen verweist sie an die zuständigen Stellen.

Frau Jäger hat sich mehrfach ausdrücklich beim Amt für Schule und Bildung bedankt, das sie gleich nach Beginn des Ukraine-Krieges umfangreich unterstützt hat und eine Vielzahl an Beratungen durchgeführt, die sie aufgrund der sehr hohen Anzahl an zu beratenden Familien nicht hätte leisten können.

Ratsfrau Piechotta, SPD, bedankt sich für den Vortrag, der sehr eindrucksvoll war. Sie fragt, wie der Personalschlüssel ist und ob das Beratungsangebot freiwillig oder verpflichtend sei. Antworten: Die Aufgabe wird ausschließlich von Frau Jäger ausgefüllt, sie hat aber ein sehr großes Netzwerk in anderen städtischen Behörden und vor allem Ehrenamtliche.

Das Angebot ist freiwillig, Hinweise auf das Angebot erfolgen durch diverse Behörden und durch mündliche Empfehlungen.

Herr Welp ergänzt, dass alle schulpflichtigen Kinder durch diverse Erfassungsmechanismen bekannt sein müssten. Es wird regelmäßig eine Liste aller neu zugezogener Schulpflichtiger erstellt. Die Einhaltung der Schulpflicht wird überprüft.

Ratsfrau Piechotta fragt nach, ob man die Beratung verpflichtend machen könne.

Herr Welp antwortet, dass es dafür keine rechtliche Grundlage gibt.

Vor der Sitzung fand ein Gespräch mit dem Regionalen Landesamt für Schule statt, in dem besprochen wurde, dass die Anzahl von Schülerinnen und Schüler in Oldenburg noch nie so hoch wie jetzt gewesen sei. Der Schulträger stößt bei den räumlichen Kapazitäten fast überall an die Grenzen. Am schlimmsten sei jedoch der Personalmangel, dem nur das Land Abhilfe schaffen könne.

Für die Stadt Oldenburg ist jetzt eine Verteilerkonferenz initiiert worden, um die Vermittlung an die Schulen weiterhin zu ermöglichen.

Vertreterin der Lehrkräfte Frau Multhaupt fragt nach, wie die Inklusion berücksichtigt würde.

Antwort: Inklusion ist Aufgabe der Schule. Bei Bedarf kann Unterstützung der Klärung, welche Schulform geeignet ist, das Regionale Zentrum für Inklusion (RZI; liegt beim Land) eingeholt werden.

Ratsfrau Eickhoff, CDU, fragt, nach dem Arbeitskreis Sprachbildung.

Frau Jäger antwortet, dass in diesem AK Vertreter aller weiterführenden allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen (OBS, IGS, GYN, BBS) mit der Ausnahme eines Gymnasiums vertreten. Es nehmen auch Lehrkräfte teil, die Experten der Sprachbildung sind.

Ratsfrau Dr. Chaime, Grüne, fragt nach, ob man den Prozess der Einschulung von vier bis acht Wochen verkürzen könne, vor allem durch eine Änderung in der Schulberatung.

Antwort: Sehr schwierig, da das Angebot freiwillig ist.

Vertreterin der Eltern Frauke van Geuns fragt nach, ob die prozentuale Anzahl der Familien mit schulpflichtigen Kindern bekannt ist, die die Beratung in Anspruch nehmen, da ja eine vollständige Liste aller Schulpflichtigen vorliegt.

Antwort ist nein. Die Zahl der Beratungen ist bekannt, aber es findet kein Abgleich mit der Liste aller SuS statt.

### **TOP 6 – Änderung der Ausbaureihenfolge der Ganztags-Grundschulen**

Ratsfrau Dr. Niewerth-Baumann, CDU, fragt, ob die Schulen, die nach der zu verabschiedenden Änderung später umgebaut werden, um eine Stellungnahme gebeten wurden.

Herr Freede antwortet, dass dies nicht geschehen sei. Der Ausbau-Rahmenplan legt lediglich eine Reihenfolge fest, aber keine konkreten Jahreszahlen. Die Verzögerung für betroffene Schulen ist jeweils ein Jahr.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

### **TOP 7- GS Hogenkamp: Erweiterung der Zügigkeit**

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

### **TOP 8 – GS Hogenkamp: Umwandlung in eine Ganztagschule**

Ratsherr Wenzel, Grüne, bewertet den in der Vorwoche durchgeführten Workshop zur Planung der GS Auf dem Fliegerhorst als hervorragend und fragt, ob die dort erarbeiteten

innovativen Raumkonzepte auch bei den Ausbaumaßnahmen für Bestandsschulen eingearbeitet werden. Zudem möchte erfragt die Zusatzkosten für energetische Sanierung des Bestandsgebäudes, da diese Kosten im vorliegenden Antrag ausdrücklich nicht aufgeführt werden.

Herr Freede antwortet, dass die Schulleitungen der GS Hogenkamp und GS Wechloy bei der Schulplanungs-Werkstatt teilgenommen haben. Die Ideen werden für die Planung für diese beiden Schulen mitgenommen und können relativ gut berücksichtigt werden, da an beiden Schulen die Zügigkeiten ausgebaut werden.

Herr Welp antwortet, dass die Kosten für die energetische Sanierung nur der EGH nennen könne, für diese konkreten Bauvorhaben die Kosten aber vermutlich noch nicht bestimmbar seine.

Ratsherr Wenzel fragt daraufhin, wie die Kosten für die energetischen Sanierungen, die vielleicht im Rahmen von 240 Mio. € liegen könnten, finanziert werden.

Herr Welp und Ratsherr Ellberg weisen darauf hin, dass diese Frage anderen Ausschüssen beantwortet werden sollte, nicht im Schulausschuss. Der Vorsitzende Ratsherr Ellberg merkt an, dass die Stadt Oldenburg seit vielen Jahren sehr viel in Schule und Inklusion investiert und dass dies auch in den nächsten Jahren so bleiben wird. Dazu kommt jetzt noch die Klimaneutralität.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

#### **TOP 9 – GS Wechloy: Umwandlung in eine Ganztagschule**

Ratsfrau Wolff führt an, dass der Platz an der GS Wechloy so gering ist, dass sie sich schwer vorstellen kann, wie ein Ausbau bei laufendem Unterrichtsbetrieb möglich sein könne.

Herr Welp antwortet, dass man zweigleisig fahre. Plan A: Bestandsgelände wird beibehalten, Ausbau erfolgt dort. Sehr wenig Platz. Plan B: Neues Grundstück in der Nähe mit Neubau. Bei beiden Varianten muss der Unterricht sowieso in ein Provisorium ausgelagert werden, ein Umbau während einer schulischen Nutzung ist ausgeschlossen. Ein Treffen mit dem Liegenschaftsamt steht an, um zu eruieren, ob es eine Ausweichfläche gibt.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

#### **TOP 10 – Anpassung der Schulbezirke**

Ratsfrau Dr. Niewerth-Baumann, CDU, erläutert ihre grundsätzlichen Bedenken gegen Schulbezirke, die sie laut Selbstaussage bei jeder Ausschusssitzung vorbringt, bei der dieses Thema besprochen wird. Bei jeder Anpassung von Schulbezirken kommt es zu Einzelfallschwierigkeiten und Einfallungerechtigkeiten. Sie plädiert dafür, die gesetzliche Grundlage für Schulbezirke zu überarbeiten.

Ratsfrau Küpker, SPD, führt an, dass es bei zwei Kindern immer logistische Probleme gibt, unabhängig ob der Zugehörigkeit zu einer oder zwei Schulen. Schulbezirke sind unter anderem deshalb gut, weil dann mehr Kinder gemeinsam mit einem Schulexpress zur Schule gehen können.

Ratsfrau Wolff führt aus, dass ihrer Meinung nach Schulbezirke verhindern, dass ein Konkurrenzkampf unter den Schulen entsteht.

Ratsfrau Piechotta erläutert für die SPD Fraktion, dass aufgrund der Schulbezirke eine sehr hohe Planungssicherheit resultiert. Die Vorlage der Stadt sei klar und gut durchdacht.

Ratsherr Höpken, Linke, stellt fest, dass seine Fraktion Schulbezirke gut findet, denn diese sind unter anderem ein Mittel gegen soziale Selektion und Ghettoisierung.

Ratsfrau Pfeiffer, Volt/FDP, meint hingegen, dass das Gegenteil der Fall ist. In Kreyenbrück gibt es Grundschulen mit sehr vielen Kindern mit Migrationshintergrund, dies macht es sehr schwierig. Wenn es nur zwei Kinder mit der Muttersprache deutsch in einer Klasse gibt, gehen diese unter. Hier könnte man argumentieren, dass gerade hier die Schulbezirke aufgelöst werden sollten. Die deutschsprachigen Eltern suchen sich wegen der Schulbezirke Lücken, um ihre Kinder an andere GS zu bekommen.

Der Antrag wird mit einer Gegenstimme und einer Enthaltung angenommen.

#### **TOP 11 – Besetzung des Schulausschusses**

Herr Welp führt mündlich aus, dass zusätzlich zu den schriftlich vorliegenden Nominierungen für Schülervertreter und Lehrervertreter auch der StER zwei neue Nominierungen an die Verwaltung weitergeleitet hat. Aufgrund der Fristen konnten diese nicht dem Schulausschuss in dieser Sitzung vorgelegt werden. Es handelt sich um Sylvia Dautovic (Delegierte) und Enrico Sasso (Vertretung). Die Nominierung wird im Ausschuss für allgemeine Angelegenheiten vorgebracht werden, so dass die neuen StER-Vertreter an der nächsten Schulausschusssitzung teilnehmen können.

Antrag einstimmig angenommen.

#### **TOP 12 – OBS Alexanderstraße**

Gäste: Herr Denker, Schulleiter OBS Alexanderstraße und Herr Winkler, Schulformsprecher  
Ratsfrau Piechotta leitet das Thema ein mit der Feststellung, dass nicht beabsichtigt sei, jeden Brief, der die Fraktionen oder den Ausschuss erreicht, im Ausschuss beraten werden soll. Die Fraktionen der SPD und Grünen sind bei dem vorliegenden Brief jedoch von der allgemein wichtigen Thematik überzeugt und befürchten, dass auch andere OBS gleiche Probleme haben, daher haben die Fraktionen sich entschieden, den Brief auf die Tagesordnung setzen zu lassen.

Ratsfrau Dr. Niewerth-Baumann merkt an, dass es kein guter Stil sei, Briefe, die an den Ausschuss gerichtet seien, nicht an alle Mitglieder zu verteilen.

Ratsfrau Piechotta antwortet, dass dies eine prima Idee sei und in Zukunft so umgesetzt werden wird.

Der Vorsitzende Herr Ellberg merkt an, dass er davon ausgegangen sei, dass der Brief an alle Mitglieder verteilt worden sei.

Herr Welp bestätigt dies, der Brief wurde in der Tat an alle Ausschussmitglieder verteilt, am 29.11.2022 per Mail.

Der Schulleiter der OBS Alexanderstraße, Herr Denker, dankt dem Ausschuss herzlich, dass er die Inhalte des Schreibens ausführen darf. Grund für das Schreiben ist, dass die öffentliche Wahrnehmung der OBS seit Jahren stark zu wünschen übriglässt und in keinem Verhältnis zu der wichtigen Arbeit steht, die dort geleistet wird. Er betont, dass das Amt für Schule und Bildung immer deutlich unterstützt und dass das Programm zur Stärkung der OBS, das vor einigen Jahren aufgesetzt wurde, genau das richtige Zeichen sei.

Herr Röhr von der NWZ hat eine schnelle und sehr positive Rückmeldung auf das Schreiben gegeben. Er hat sich für den Brief bedankt und versichert, dass die NWZ sofort ihre Sprachregelung geändert habe.

Herr Denker erläutert, warum die öffentliche Wahrnehmung der OBS so ist, wie sie ist. Diese Erklärungen sind Vermutungen und wurden durch Hören-Sagen an ihn herangetragen.

1. Wenn sich eine OBS und ein Gymnasium an einem Standort befinden, so ist dies ein Standort-Nachteil für das Gymnasium. Es würde weniger häufig angewählt werden als ein Gymnasium mit alleinigem Schulgelände. Es besteht ein Konkurrenzkampf zwischen den Gymnasien, dieser solle aber nicht zulasten der OBS gehen.
2. Die Kollegien leisten wertvolle Arbeit, fühlen sich aber nicht wahrgenommen und dies ist sehr demotivierend.

Ratsfrau Wolff, Grüne, dankt für diese Ausführung und fragt, ob dies eventuell auch an anderen OBS so wäre. Herr Winkler als Schulformsprecher wurde eingeladen um darzulegen, ob auch andere OBS die Probleme wie die OBS Alexanderstraße hätten.

Herr Winkler antwortet, dass besagter „Standortnachteil“ eher ein strukturelles als ein individuelles Problem ist.

Herr Denker führt aus, dass die Arbeit der OBS für den Wirtschaftsstandort Oldenburg extrem wichtig ist. Die SuS der OBS bleiben in aller Regel in Oldenburg wohnen. Sie sind die zukünftigen Fachkräfte. Sie werden als Angestellte und Selbstständige Steuern zahlen, als Fachkräfte in den Betrieben die Arbeit verrichten, als Konsumenten in Oldenburg einkaufen und als Mieter oder Hauseigentümer die Oldenburger Wirtschaft stärken. Im Gegensatz dazu ist der Anteil an Gymnasiasten, die nach dem Abitur in Oldenburg bleiben, gering. Die OBS schultern den Hauptanteil der Inklusion und Sprachbildung.

Wenn die Arbeit der OBS gelingt, tragen ihre SuS aktiv und stark zum Wohlergehen des Gemeinwesens in Oldenburg bei. Wenn die Arbeit der OBS aber nicht gelingt, so fallen die SuS nicht nur als zukünftige Steuerzahler und Fachkräfte aus, sondern im Gegenteil sie werden Transferleistungen beziehen und die Stadt Oldenburg nicht nur finanziell belasten. Die OBS arbeiten mit allen Ämtern der Stadt Oldenburg zusammen und werden von dort sehr gut unterstützt.

Ratsfrau Dr. Niewerth-Baumann dankt herzlich für den Bericht und kündigt an, dass die CDU das Thema in der Fraktion erörtern wird um zu eruieren, was man machen kann.

Ratsherr Höpken stellt fest, dass dieses Anliegen berechtigt und sehr wichtig ist. Es sei gut, dass die NWZ ihre Sprachregelung geändert habe. Die Schilder hätten so nicht hergestellt werden dürfen und müssen ersetzt werden.

Ratsfrau Wolff bedankt sich für den Vortrag und fragt nach Ideen, wie der Ruf der OBS flächendeckend verbessert werden könne. Wie kann man erreichen, dass der Wert der Arbeit der OBS wahrgenommen wird?

Herr Denker antwortet, dass die OBS versuchen, eine positive Presseberichterstattung zu erhalten.

Die OBS müssen in das Gespräch mit den Gymnasien gehen. Sehen die Gymnasien einen gemeinsamen Standort tatsächlich als Nachteil? Man muss offen und ehrlich über dieses Thema reden, eventuell auch mit externer Unterstützung. Als Beispiel seien die OBS Alexanderstraße und das Neue Gymnasium genannt – sie pflegen ein gutes nachbarschaftliches Verhältnis miteinander und entwickeln momentan gemeinsam eine Willkommensklasse.

Herr Denker stellt fest, dass die Problematik so auch in Eversten wahrgenommen wird. Er lädt den Ausschuss und die Fraktionen ein, in die OBS zu kommen – die Kollegen werden sich

wahrgenommen fühlen. Allerdings geht es „nicht um ein intellektuelles Problem bei dem Übergang an die weiterführende Schule, sondern ein sozio-ökonomisches“.

Vertreterin der Lehrkräfte Frau Mulhaupt führt aus, dass sie im Schulausschuss immer wieder darauf hinweist, dass die Lehrkräfte nicht aus den Augen verloren werden dürften. Die Form der Schulentwicklung und der bestehende Schulentwicklungsplan der Stadt Oldenburg sind zeitgemäß, es ist immer ein Prozess, an dem weitergearbeitet werden muss. Vielen Dank an die Herren Denker und Winkler für die Ausführungen; diese Debatte müsse weiterhin geführt werden. Es handelt sich nicht um sprachliches Problem, sondern um ein Wahrnehmungsproblem. Unsere Gegenwart und die Situation auf dem Arbeitsmarkt erfordern, dass wir dieses Thema immer weiter diskutieren müssen.

Ratsfrau Piechotta dankt für den Impuls des Briefes, der vermutlich nur die Spitze des Eisberges aufzeigt – die Frage ist, wie es weitergeht. Alle Fraktionen müssen dieses Thema mitnehmen.

Ratsfrau Pfeiffer stellt fest, dass der Stellwert der OBS gestärkt werden muss und dies eine gesellschaftliche Aufgabe sei, Stichwort Fachkräftemangel.

Ratsfrau Küpker spricht als Elternteil, als die sie sowohl Kinder an einer OBS als auch an einem Gymnasium hatte, dass sie und die Schulen einen gemeinsamen Standort als Vor- und nicht Nachteil sehen und zwar für beide Schulformen.

Hierzu gibt es einige gemurmelte Gegenstimmen bei den Ausschussmitgliedern und den Zuschauern.

Vertreter der Lehrkräfte Herr Lüßmann erzählt, dass er seit 20 Jahren Leistungskurse in BWL, Englisch und Mathe an einer BBS mit Ziel Wirtschaftsabitur unterrichtet, an der 50% seiner Schüler von Gymnasien, 48% von OBS und 2% von IGS kommen. Die öffentliche Wertschätzung ist auch BBS gegenüber zu gering. Er findet es prima, dass die OBS sich dies nicht mehr gefallen lassen wollen.

Vorschlag zur Verbesserung der öffentlichen Wahrnehmung: Erfolgsgeschichten ehemaliger SuS veröffentlichen, Webseite und ggf. Presse. Er lädt herzlich dazu ein, z. B. an seiner BBS die zahlreichen Erfolgsgeschichten von ehemaligen SuS zu teilen.

Frau Mulhaupt fragt, ob das NGO eingeladen gewesen sei – sie vermisst es bei dieser Diskussion und es war ausdrücklich im Brief mit angeschrieben.

Frau Mulhaupt betont, dass es nicht der Punkt sei, den OBS zu sagen, was sie noch alles zusätzlich leisten sollen, sondern was sie nicht mehr leisten müssen, welche Aufgabe andere übernehmen sollten.

Der Vorsitzende Ratsherr Ellberg dankt den Gästen dafür, dass sie sich für ihre Schule und Schulform eingesetzt haben.

### **TOP 13 – Anfragen und Anregungen**

Ratsfrau Wolff bittet die Verwaltung zu erklären, warum StER und Stadt-Schülervertretung um eine schriftliche Stellungnahme zum Vorhaben GS Röwekamp gebeten wurden und dies nach dem Beschluss im Schulausschuss.

Herr Freede antwortet, dass das Land das Verfahren in der Zwischenzeit geändert hat. Der Bau bzw. die Einrichtung einer Außenstelle muss vom Land genehmigt werden und die Beteiligung von StER und StSR ist dafür vorgeschrieben.

Herr Welp äußert, dass bisher keine Stellungnahmen eingegangen sind.

Ratsherr Wenzel fragt, wie die Planung für die GS Röwekamp aussieht und ob am Bestandsgebäude nicht getan werden wird, bis alle Planungen auch für die Außenstelle abgeschlossen sind. Dies könnte zu einer erheblichen Verzögerung führen und das Bestandsgebäude einen hohen Sanierungsbedarf haben. Könnten z. B. die Toiletten saniert werden bevor die Gesamtplanung abgeschlossen ist.

Herr Freede nimmt diesen Vorschlag mit zum EGH und ist zuversichtlich, dass sinnvolle Einzelmaßnahmen nicht zwingend warten müssten.

Der Vorsitzende Ratsherr Ellberg teilt mit, dass es am heutigen Tage ein Gespräch mit dem Geschäftsführer der Handwerkskammer Herrn Henke gegeben habe, bei dem es um die Zusammenarbeit mit den Schulen, explizit den OBS, ging. Herr Henke möchte gern in den Schulausschuss eingeladen werden.

Herr Welp nimmt den Wunsch auf und wird Herrn Henke einladen. Noch mehr würde er begrüßen, wenn die Handwerkskammer sich wieder am Netzwerk Übergang Schule – Beruf beteiligen würde.